A - Leitantr. -(Ä1)-Neu Schleswig-Holsteins europäische Tradition fortführen – Für ein Europa der starken ländlichen Räume

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	25.08.2023
Tagesordnungspunkt:	5 Anträge

Antragstext

Bereits lange vor der Europäischen Union lebten die Menschen in den Herzogtümern Schleswig und Holstein mit einer Vielfalt an Menschen und Sprachen gemeinsam den europäischen Gedanken. Schleswig-Holstein ist eine starke europäische Region. Wir sind Vorreiter*innen bei den Erneuerbaren Energien, leben Vielfalt und teilen uns Nord- und Ostsee mit unseren europäischen Nachbar*innen. Die friedliche Grenzziehung zwischen Dänemark und Deutschland und der daran anschließende Schutz der nationalen Minderheiten war Vorbild für die Welt. Diese europäische Erfolgsgeschichte haben wir in Schleswig-Holstein seither fortgeschrieben.

Am 9. Juni 2024 wird bei uns das neue Europäische Parlament gewählt. Wir Grüne sind überzeugt davon, dass Schleswig-Holsteins Städte und Dörfer durch Europa noch stärker werden. Deshalb wollen wir gemeinsam mit Euch unser Bundesland als europäische Region gestalten.

Die Wahlen im kommenden Jahr werden zu einer grundlegenden Auseinandersetzung über die Frage, ob wir die Europäische Union zu einem Projekt weiterentwickeln, dass für alle Menschen funktioniert oder ob wir es zulassen, dass nationalistische radikale Kräfte unsere europäische Demokratie zerstören. Wir Grüne sind felsenfest davon überzeugt, dass wir weitere Schritte zur Europäischen Integration machen müssen und dass Schleswig-Holstein davon profitiert. Dazu muss die EU Strukturen vor Ort stärken und mehr Menschen konkrete politische Antworten geben.

Wir Grüne wollen die Europäisch Union mit allen Schleswig-Holsteiner*innen weiterentwickeln. Es geht um unsere gemeinsame Zukunft. Deshalb laden wir alle Schleswig-Holsteiner*innen ein, mit uns gemeinsam diesen Weg zu gehen. Unser Ziel ist im nächsten Europäischen Parlament wieder vertreten zu sein und bei den Wahlen nach 2019 das zweite Mal stärkste politische Kraft im echten Norden zu werden.
Wir wollen das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse überall in unserem Land Realität werden lassen. Dafür braucht es aktive Politik für die Herausforderungen auf dem Land.

Wir glauben daran, dass grenzüberschreitende Lösungen für unser Bundesland die beste Antwort sind. Das bedeutet, dass wir Vorzeigeland für europäische Zukunftsthemen wie den Europäischen Green Deal werden und, dass wir den europäischen Rahmen zum Vorteil für alle Schleswig-Holsteiner*innen nutzen wollen. Gerade in ökonomisch unsicheren Zeiten, in denen gesellschaftliche und soziale Polarisierung zunimmt, wollen wir zusammenführen und Eine Politik machen, die alle Menschen im echten Norden mitnimmt.

Durch die EU starke ländliche Räume der Zukunft gestalten

Schleswig-Holstein ist durch den ländlichen Raum geprägt. Daher wollen wir

darauf einen besonderen Fokus legen. Etwa vier von fünf Schleswig-Holsteiner*innen leben im ländlichen Raum. Viel regionale Wertschöpfung, beispielsweise in der Landwirtschaft, für die Energieversorgung oder im Tourismus entsteht dort. Deswegen wollen wir mit unserer Europapolitik besonders den ländlichen Raum fördern. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die Schleswig-Holsteiner*innen dort weiter gut und gerne leben. Durch neue Ideen, Digitalisierung und den europäischen Rahmen wollen wir den ländlichen Raum attraktiver machen.

Wir Grüne setzen uns für eine aktive europäische Politik für ländliche Regionen ein - in der Kommune, im Land, im Bund und auch im Europäischen Parlament. Durch unsere Arbeit im Europäischen Parlament und durch gezielte Lobbyarbeit unserer Landesregierung wollen wir Schleswig-Holsteins Stimme in Brüssel stärken.

Mit der EU das Ehrenamt stärken

Unsere Demokratie lebt von der Teilhabe und der Mitgestaltung ihrer Mitglieder. Ehrenamtliches Engagement ist dabei einer der wichtigsten Stützpfeiler einer starken Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalts. Einer Demokratie und eines Zusammenhaltes, der nicht nur unsere Region lebenswert macht, sondern uns auch wehrhaft gegen Rechtsextremismus.

Das gilt insbesondere für unsere Dorfgemeinschaften. Wir Grüne wollen daher das Ehrenamt stärken und gemeinschaftliche Strukturen gerade im ländlichen Raum unterstützen. Wir wollen etablierten Vereinen, ebenso wie neuen Initiativen dafür mehr Möglichkeiten geben.

Dazu gehört eine öffentliche Infrastruktur, die es Vereinen ermöglicht, sich zu treffen und Veranstaltungen durchzuführen. Wir wollen europäische Programme, die dem ländlichen Raum zu Gute kommen, wie bspw. das Programm LEADER stärken. Es muss einfacher werden für kleine Vereine und Ehrenamtler*innen europäische Programme zu beantragen.

Daher ist uns wichtig, dass neben einer guten Beratung zu den Förderprogrammen auch der Ablauf vereinfacht wird. Zukünftig sollen die Förderprojekte nur noch durch eine Verwaltungseinheit geprüft werden, entweder die EU oder die Bundesländer. Auch eine genauere Prüfung zur Evaluation, statt vor der Projektimplementierung können wir uns vorstellen.

Wir begreifen die Förderung des ländlichen Raums nicht als Anhängsel der Agrarpolitik. Der ländliche Raum muss in der nächsten EU Förderperiode ein eigenständiger Förderbereich werden. Kürzungen bei Bundesprogrammen wie der GRW oder dem Sonderrahmenplan ländliche Entwicklung lehnen wir ab.

Mit der EU gutes Landleben für alle ermöglichen

Der ländliche Raum soll ein Ort für alle Menschen sein. Dazu wollen wir Menschen, wie die junge Generation, LGBTIQ* oder Menschen mit Migrationsgeschichte, besser einbinden, die zur Zeit noch zu oft übersehen werden. Wir wollen neue Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten schaffen und vor allem junge Menschen bei der Gestaltung ihres Dorfes besser einbinden.

Kinder und Jugendliche sollen in ihren Bedürfnissen ernstgenommen werden und die Kinder- und Jugendbeteiligung wirkliche Veränderungen bewirken können. Das ist gelebte Demokratie und Demokratiebildung.

Mit der EU Gesundheit, Mobilität und Digitalisierung auf dem Land stärken

Die Grundlage für ein gutes Leben ist eine starke öffentliche Daseinsvorsorge. Auch Menschen im ländlichen Raum haben das Recht auf ortsnahe und gute Versorgung. Wir wollen die soziale und medizinische Versorgung mit flexiblen Angeboten sicherstellen. Durch öffentliche Mittel, wie beispielsweise Europäische Kohäsionsmittel wollen wir mobile Beratungsstrukturen finanzieren.

Durch öffentlich getragene Gesundheitskioske soll zu gesundheitlichen und sozialen Belangen Beratung für alle Bürger*innen stattfinden. Wir schaffen in allen Regionen Versorgungszentrum. Wenn das Versorgungszentrum nicht mehr weiterhilft, soll durch Rufsysteme die Möglichkeit bestehen, kostengünstig zum Arztbesuch in der nächsten größeren Stadt zu fahren. Für Notfälle muss gewährleistet sein, dass Notarzt und Polizei innerhalb der gesetzlich vorgegebenen 12 Minuten vor Ort sind. Die Landespolizei wollen wir auch außerhalb von Notfällen als Ansprechpartnerin beispielsweise durch regelmäßige Sprechstunden auf dem Dorf auch dort verankern, wo es keine Polizeistationen mehr gibt.

Durch autonomes Fahren kann auch zu Randzeiten Mobilität in den nächsten größeren Ort oder Bahnhof gewährleistet werden. Projekte wie das Dörpsmobil wollen wir auf alle AKTIV-Regionen ausweiten. Die Radinfrastruktur und Bike-Sharing-Systeme sollen beispielsweise mit Tourismusmitteln stärker ausgebaut werden und so ein attraktives Angebot als Alternative zu kurzen PKW Fahrten geschaffen werden.

Die Breitbandversorgung wird auch mit europäischen Mitteln seit vielen Jahren stark verbessert. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen und das Tempo für den Ausbau beschleunigen.

Mit der EU wollen wir Wirtschaft und Wohlstand zukunftsfähig gestalten

Durch das Zusammenspiel von europäischer Gesetzgebung und einer aktiven Ansiedlungspolitik können wir am Beginn einer neuen schleswig-holsteinischen Wirtschaftspolitik stehen. Wir wollen Schleswig-Holstein zu einer klimagerechten europäischen Industrieregion machen. Wir setzen dabei einen Schwerpunkt auf Erneuerbare Energien und die maritime Wirtschaft. Gesetzgebung im EU Parlament werden wir darauf prüfen, ob Sie neben den Klimazielen auch geeignet ist unser Bundesland zu stärken. Beispiele dafür ist die Reform der EU Beihilferegeln und die Reform des Strommarkts. Wir wollen es auch durch europäische Gesetzgebung einfacher machen auch in kleinen Umfang Erneuerbare Energien, bspw. Solar, für den Eigenbedarf zu nutzen. Wir unterstützen regionale Stromzonen, die dazu führen dass Regionen mit einem hohen Anteil an erneuerbaren Energien bevorteiligt statt benachteiligt werden.

Wir wollen unseren Wohlstand mehren und regionale Wertschöpfung durch die EU stärken. Dafür wollen wir regionale Akteure viel früher und stärker einbinden und sicherstellen, dass beispielsweise durch gute Arbeitsbedingungen, Unternehmensbeteiligungen und Gewinnbeteiligungen die Vorteile direkt bei den Menschen in den Regionen ankommen. Das positive Beispiel von Bürgerenergie Projekten wollen wir auch auf andere Bereiche ausdehnen und in der Europäischen Klimapolitik stärker verankern.
Schleswig-Holsteins Stimme muss in Brüssel sichtbarer werden. Wir wollen deshalb

gemeinsam mit der Wirtschaft, Gewerkschaften, Hochschulen und anderen Akteur*innen das Hanse Office als Landesvertretung und Impulsgeber stärken.

Europäische Fördermittel können Motor für regionalen Wohlstand sein. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr europäische Mittel direkt an Kommunen ausgezahlt werden. Dadurch können wir zielgenauer und unbürokratischer regionale Wertschöpfung mit Hilfe von EU-Fördermitteln auslösen.

Wir setzen uns für europäische Wettbewerbe für klimaneutrale Dörfer oder für einen Fonds für Kommunen ein, die Geflüchtete aufnehmen wollen. Damit gerade in ökonomisch herausfordernden Zeiten die regionale Wirtschaft und der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht durch Kürzungen beschädigt werden, wollen wir die Kofinanzierung von europäischen Fördermitteln aus den Schuldenbremsen und Haushaltsregeln rausrechnen.

Mit der EU unsere Natur bewahren

Europäische Umweltschutzgesetze schützen unsere Natur dauerhaft und konsequent. Aber trotz dieses starken europäischen Rechtsrahmens ist der Verlust von Biodiversität und Artenvielfalt eine der größten Krisen unserer Zeit. Die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen hat enorme Konsequenzen für unsere Gesundheit und unser Klima. Die Doppelkrise aus Klimaveränderung und Artenschwund bedroht auch in Europa nicht nur die Existenz unserer Landwirt*innen, sondern vor allem die zukünftiger Generationen. Konflikte nehmen zu und Sie gefährden unsere Demokratie. Eine ambitionierte Klimapolitik reicht nicht aus. Deshalb brauchen wir starke Naturschutzgesetze und müssen mehr in Biodiversität investieren.

Die Angriffe der CDU/CSU und der FDP auf das EU Renaturierungsgesetz kritisieren wir scharf. Wir brauchen ambitionierte Gesetze, um unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Die Vereinbarung im EU Haushalt zukünftig mindestens 10% in Biodiversität zu investieren ist ein großer grüner Erfolg. In der neuen Wahlperiode des Europäischen Parlaments wollen wir einen Naturschutzfonds im EU Haushalt verankern. Wir setzen uns dafür ein, dass die gemeinsame europäische Agrarpolitik grundlegend überarbeitet wird. Konservative, Liberale und zu viele Sozialdemokrat*innen haben in den letzten Jahren eine Reform der EU Agrarpolitik zu Gunsten der bäuerlichen Landwirtschaft, der Natur und des Klimas verhindert.

Wir Grüne werden die Reform der EU Landwirtschaftspolitik zur Priorität für die kommende Wahlperiode machen. Öffentliches Geld muss zukünftig für öffentliche Leistung gezahlt werden. Nicht die größten, sondern die nachhaltigsten Betriebe sollten die meisten Fördermittel erhalten. Die Mittel für Klimaanpassung, Katastrophen- und Küstenschutz müssen erhöht werden.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit statt nationalistische Barrieren!

Wir setzen uns dafür ein, den Binnenmarkt zu vollenden und Barrieren für einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, wie beispielsweise durch Grenzkontrollen oder Lücken in Sozialversicherung für Grenzpendler*innen abzubauen.

Wir wollen grenzüberschreitende Infrastruktur, wie beispielsweise den Bahnverkehr in unsere Nachbarländer ausbauen. Deshalb setzen wir uns für einen Halt der Nachtzüge zwischen Skandinavien und Mitteleuropa bei uns im Grenzland und eine Ausweitung des EC Netzes zwischen Skandinavien und Deutschland ein. Wir

wollen durch eine Förde-Bahn die Grenzland Kommunen besser mit der Schiene anbinden.

Wir wollen neue Impulse für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Im Europäischen Parlament setzen wir uns für die Ausweitung von INTERREG für mehr Kommunen im Land und eine Aufstockung der Mittel ein.

Auf europäischer Ebene sind wir Grüne in der Fraktionsgemeinschaft mit den Minderheitenparteien EFA, die sich für den Schutz und die Gleichstellung stark macht. Wir kritisieren, dass die EU-Kommission und viele Mitgliedsstaaten eine aktive Rolle der EU zum Schutz der Minderheiten ablehnen. Unser Ziel bleibt, dass die EU ein aktiver Akteur zum Schutz unserer Minderheiten wird. Wir setzen uns weiterhin für eine Umsetzung der Minority Safepack Initiative und für einen EU Minderheiten Kommissar*in ein.

Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat und Bewahrung unserer Lebensgrundlagen – das ist das Versprechen der Europäischen Union. Es ist ein Versprechen, für das es sich einzusetzen lohnt. Wir haben mit dem gemeinsamen Europa einen Raum geschaffen, in dem Bürger*innen mitbestimmen können, Parlamente und nicht die Macht des Stärkeren entscheidet und alle Menschen vor dem Recht gleich sind.

Die Antwort auf die Herausforderungen Europas ist Europa. Die Europäische Union kann das Vertrauen in ihre demokratischen Institutionen stärken. Sie kann die Klimakrise bekämpfen. Sie kann dazu beitragen, dass Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit ihr strahlendes Versprechen einlösen. Die Europäische Union kann den Frieden bewahren. Sie kann. Wenn wir Bürger*innen das wollen. In diesem Geiste müssen wir auch die bestehenden Herausforderungen und Krisen Europas lösen.

Es geht bei der Europawahl darum, zu entscheiden, was wir wollen, wie wir zusammen leben wollen. Und dann etwas dafür zu tun. Es ist aber offensichtlich, wie schwer es geworden ist, dass die Europäische Union mit einer Stimme spricht, weil häufig einzelne Mitgliedstaaten eine gemeinsame Politik verhindern. Doch statt alte Mauern wieder hochzuziehen, müssen wir mir Zusammenhalt und Solidarität stärken.

Lasst uns gemeinsam Europas Versprechen erneuern.

Begründung

Erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Rasmus Andresen (KV Flensburg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Jan Kürschner (KV Kiel); Marilla Meier (KV Lübeck); Artur Hermanni (KV Pinneberg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Nadine Mai (KV Pinneberg); Martin Lätzel (KV Rendsburg-Eckernförde); Ann Christin Hahn (KV Pinneberg)